

Spandau besser machen!

Unser Weg vom Absteiger- zum Aufsteigerbezirk!

**CDU-Bürgerprogramm
2016 - 2021**



Inhaltsverzeichnis

Ein Programm von Bürgern für Bürger	4
1 Unser Weg – Eine neue politische Kultur und mehr Bürgerbeteiligung in Spandau	5
2 Unsere Leitlinien für ein lebenswertes Spandau	6
2.1 Sauberkeit und Sicherheit	6
2.2 Stadtentwicklung	7
2.3 Verkehr	8
2.4 Wohnen.....	10
2.5 Natur und Umwelt	11
2.6 Tierschutz	13
2.7 Freizeit und Kultur	14
2.8 Verwaltung	15
3 Unsere Angebote an Spandaus Familien und Jugend.....	16
3.1 Familie	16
3.2 Kinderbetreuung.....	16
3.3 Schule und Ausbildung.....	17
3.4 Sport	20
3.5 Jugendhilfe und Jugendfreizeit.....	20
4 Unsere Maßnahmen für eine starke Wirtschaft und mehr Arbeit.....	22
4.1 Wirtschaft	22
4.2 Arbeit.....	23
5 Unsere Leitlinien für die kommunale Sozial- und Gesundheitspolitik	24
5.1 Soziales	24
5.2 Gesundheit.....	26
6 Unsere Angebote an Spandaus Senioren	28
7 Unsere Maßnahmen für eine zukünftige Integrationspolitik	30
7.1 Gemeinsame Identität über Sprache und gemeinsames Handeln	30
7.2 Gemeinsame Identität aus der Flucht heraus	31
8 Unsere Visionen für Spandau.....	33
9 Gerhard Hanke: „Mein 10-Punkte-Plan, den ich in den ersten 100 Tagen umsetzen werde!“	34

Liebe Spandauerinnen und Spandauer,

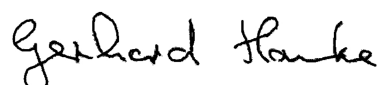
Spandau ist unsere Heimat! In unserem Kiez fühlen wir uns Zuhause! Spandau ist ein wunderschöner, grüner und lebenswerter Bezirk mit lebenswerten, verantwortungsbewussten und fleißigen Bürgerinnen und Bürgern. Das zeigt sich vielfach auch am ausgeprägten sozialen Engagement in Sportvereinen, Senioreneinrichtungen, Schulen oder auch einfach nur im nachbarschaftlichen Umfeld. Dafür bin ich Ihnen allen sehr dankbar!

Fünf Jahre SPD-Mehrheit haben aber auch Spuren hinterlassen. Spandau hat sich in den vergangenen Jahren nicht immer zum Besseren verändert. Alle Sozial- und Wirtschaftsdaten weisen darauf hin, dass Spandau innerhalb Berlins weiter an Boden verliert. Jahrelang hat die SPD Ideologiepolitik ohne Finanzierung betrieben, in den letzten Jahren musste viel gespart und gekürzt werden. Allzu häufig hat der amtierende SPD-Bezirksbürgermeister Entwicklungen verschlafen und Fehlentscheidungen getroffen.

Ich möchte, dass Spandau wieder an alte Erfolge anknüpft und wieder ein Aufsteigerbezirk wird. Spandau soll zu altem Stolz zurückkehren. In Spandau muss wieder der Spruch gelten: „Ich bin stolz ein Spandauer zu sein!“ Politisches Handeln muss zusammenführen und von Solidarität geprägt sein. Deshalb nehmen wir jene „ganz normalen“ Spandauerinnen und Spandauer ins Blickfeld, die die Stützen unserer Gesellschaft sind. Die Verkäuferin oder der Krankenpfleger gehören genauso dazu, wie der Müllmann oder die Polizistin. All jene, die durch ihr Engagement und ihren Einsatz für einen funktionierenden Alltag aller Spandauerinnen und Spandauer sorgen, will ich in besonderem Maße unterstützen.

Ich will aber auch dafür sorgen, dass die Bezirksverwaltung wieder mehr Personal erhält, damit die schlimmen Zustände bei den bürgernahen Dienstleistungen, z. B. im Bürgeramt, endlich ein Ende finden.

Ich möchte, dass Spandau nicht mehr nur verwaltet wird. Ich möchte Spandau gemeinsam mit Ihnen gestalten und anpacken. Dafür bitte ich Sie am 18. September 2016 um Ihr Vertrauen!



Gerhard Hanke
Ihr Bürgermeister für Spandau

Ein Programm von Bürgern für Bürger

In vielen Ideenwerkstätten, verteilt auf alle Spandauer Ortsteile, haben Spandauerinnen und Spandauer unzählige Anregungen und Ideen für dieses kommunalpolitische Programm beigesteuert. Daraus ist im wahren Sinne des Wortes Ihr Bürgerprogramm für die kommenden fünf Jahre entstanden!

„Spandau besser machen! Unser Weg vom Absteiger- zum Aufsteigerbezirk!“

In den vielen Gesprächen und Anregungen wurde eines sehr deutlich: Die Spandauerinnen und Spandauer sind noch immer Lokalpatrioten, sehen jedoch, dass sich Vieles im Bezirk in den vergangenen Jahren nicht zum Besseren verändert hat.

Bei dieser Kritik blieb es jedoch nicht. In aller Regel wurden realistische Verbesserungsvorschläge unterbreitet, die sich um die ganz kleinen Themen, wie den fehlenden Mülleimer und die defekte oder fehlende Laterne, bis hin zu Fragen der Sicherheit und der Berliner Bildungspolitik drehten.

Entstanden ist daraus dieses 34-seitige Bürgerprogramm, das sowohl allgemeine Positionsbestimmungen der CDU Spandau als auch ganz konkrete Maßnahmen beinhaltet, die in den kommenden fünf Jahren umgesetzt werden sollen. Insgesamt sehen die Spandauerinnen und Spandauer viel Potenzial für Ihren Bezirk!

Besonders erfreulich war, dass alle Generationen und Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten aktiv mitgewirkt haben. Nur so erklärt sich auch die Breite der Themen, die Niederschlag in diesem Programm gefunden haben. Ein Programm von den Bürgern für die Bürger! Dafür bedanken wir uns bei all jenen, die daran mitgewirkt haben.

In den kommenden Wochen bis zur Wahl wollen wir jedoch weiter Ideen und Vorschläge sammeln und Ihre Meinung zu den unterschiedlichen Themen einholen. Dazu hat die Berliner CDU eine „Bürgerwünsche-App“ entwickelt, mit der unsere ehrenamtlichen Wahlkämpfer Sie auf der Straße befragen und so Ihre Haltung und Ihre Wünsche dokumentieren können. Alles natürlich nur freiwillig und wenn gewünscht auch anonym. Dieses Stimmungsbarometer soll dazu dienen, eigene politische Vorstellungen zu überprüfen und neue Positionen zu entwickeln.

Das Bürgerprogramm ist bewusst nur eine Momentaufnahme mit dem Anspruch, für gute Ideen zu jeder Zeit offen zu sein. Dazu möchte ich Sie ermuntern.

Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen die Lektüre unseres Bürgerprogramms eine gute Wahlhilfe ist!



Frank Bewig

Vorsitzender der Programmkommission
Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit

1 Unser Weg – Eine neue politische Kultur und mehr Bürgerbeteiligung in Spandau

Die Politik der SPD Spandau und ihres Bezirksbürgermeisters hat sich sehr häufig über den Bürgerwillen hinweggesetzt. Zu nennen wären hier die vielen Versprechungen gegenüber den Mietern der Wohnsiedlung Hakenfelde, ohne diese am Ende einzuhalten oder die persönlich vom Bezirksbürgermeister beschlossene Schließung der „Flughafenkita“ in Gatow. Wir lehnen die Politik der Spandauer SPD „von oben herab“ ab und wollen uns am Willen der Spandauerinnen und Spandauer orientieren.

Die SPD hat in den vergangenen fünf Jahren aus der Bezirksverordnetenversammlung ein Parteienparlament gemacht, wo nicht in der Sache „gestritten“ und entschieden wird, sondern alle Initiativen z. B. der CDU kategorisch abgelehnt werden, weil sie von einer anderen Partei kommen.

Die Bezirksverordnetenversammlung muss wieder ein sachorientiertes Bürgerparlament werden. Das alte, verkrustete Denken der SPD muss über Bord geworfen werden. Unser Bezirk braucht keine sklavischen Verbindungen mehrerer Parteien als „Bürgermeisterwahlverein“, sondern Sachentscheidungen und die Suche nach dem besten Weg – ohne Blick auf das Parteibuch. Am Ende muss das Ergebnis stehen und nicht wer und wann den Vorschlag eingebracht hat. Wir werden in Zukunft dafür sorgen, dass alle Initiativen – egal von wem sie kommen – ernst genommen und ausschließlich in der Sache geprüft und entschieden werden. Nur so kann Politik auch wieder mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Erst der Bezirk und seine Bürgerinnen und Bürger und erst dann die Partei!

Spandau hat mit 230.000 fast so viele Einwohner wie Kiel und Aachen und mehr als Mainz und Erfurt. Daher ist es folgerichtig, neben der für den gesamten Bezirk zuständigen Bezirksverordnetenversammlung durch das Bezirksamt organisierte Ortsteilversammlungen abzuhalten, um die Bürgerinnen und Bürger in alle ihren Kiez betreffenden Angelegenheiten einzubinden und anzuhören.

2 Unsere Leitlinien für ein lebenswertes Spandau

2.1 Sauberkeit und Sicherheit

Spandau ist unsere Heimat. Hier leben wir gern und fühlen uns wohl. Wir stellen aber auch fest, dass es in den Ortsteilen nicht immer sicherer und sauberer geworden ist. Ganz im Gegenteil nehmen die Dreckecken, der Müll im öffentlichen Raum und Ruhestörungen zu. Diese Entwicklung erklärt sich auch mit dem leider zunehmenden Verhalten Einiger, die meinen, sich nicht an Regeln halten zu müssen, und mit einem völlig überzogenen Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung und dem damit verbundenen Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Raum.

Hier muss endlich ein Umdenken stattfinden. Wir wollen daher das Ordnungsamt personell aber auch mit einer besseren Ausrüstung stärken, damit es zukünftig noch präsenter gegen jene vorgehen kann, die den öffentlichen Raum verschmutzen und gegen Regeln verstoßen. Wir wollen perspektivisch erreichen, dass gemeinsame Streifen zwischen Polizei und Ordnungsamt einen präventiven Beitrag zu mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum leisten können.

Die Grünanlagen und Parks sind für alle Einwohner da. Wir wollen saubere Parks, in denen man sich gerne aufhält. Daher wollen wir gemeinsam mit der BSR, dem Ordnungsamt und den Anwohnern Müllecken beseitigen und langfristig sauber halten. Wer Müll illegal ablädt, muss härter bestraft werden. Das Ordnungsgeld muss drastisch steigen. Auch Täterfallen und Foto-/Videobeweise sollen die Arbeit erleichtern. Vandalismus z. B. auf Spielplätzen muss von Ordnungsamt und Polizei verhindert werden. Illegal aufgestellte Kleidercontainer sollen schnell entfernt werden.

Wir unterstützen die Aktion „Bleib sauber Spandau“ mit voller Überzeugung und packen für mehr Sauberkeit im Bezirk auch selbst an - z. B. bei Reinigungsaktionen unserer Grünzüge und Spielplätze oder der Entfernung von Schmierereien. Die CDU steht für Null-Toleranz gegen Graffiti. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Unterführung am Bahnhof Spandau regelmäßig von Graffiti beseitigt wird und ein Lichtkonzept den Übergang zu den Spandau Arcaden aufwertet und attraktiver gestaltet.

Vom Berliner Senat fordern wir, dass defekte Laternen innerhalb von 48 Stunden garantiert erneuert werden. Nur so kann die objektive Sicherheit aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden gestärkt werden!

Wir setzen uns für ein gutes Miteinander im Bezirk ein. Dafür brauchen wir klare Regeln und deren Einhaltung. Wir treten deshalb für eine konsequente Verfolgung von Gewalt und Kriminalität jeglicher Art ein. Die Polizei gehört zu Spandau und muss in den Ortsteilen verankert sein. Der langjährige Personalabbau bei der Berliner Polizei durch SPD und DIE LINKE konnte seit unserer Senatsbeteiligung gestoppt werden. Berlin hat seit 2011 rund 1.000 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Da auch die Bevölkerung Spandaus wächst, werden wir uns dafür einsetzen, dass neben den beiden bestehenden Polizeiabschnitten ein weiterer geschaffen wird. Nur so können in einem Flächenbezirk wie Spandau kürzere Anfahrtszeiten erreicht werden.

Mit Sorge verfolgen wir, dass die Einbruchsdelikte in einigen Bereichen Spandaus zunehmen. Die von CDU-Innensenator Frank Henkel eingerichteten kostenlosen Beratungsangebote der Berliner Polizei sind hier ein erster wichtiger Schritt. Wir wollen

aber auch, dass das Bezirksamt dieses Angebot im Rahmen der Ortsteilversammlungen bekannt macht.

Kriminalitätsbelastete Schwerpunkte in Spandau wollen wir durch polizeiliche Präsenz, Prävention und bauliche Maßnahmen sicherer machen. Durch gezielten Einsatz von Videotechnik wollen wir die Aufklärung erleichtern und Straftäter abschrecken. Illegalen Bordellen und Straßenstrichs sagen wir den Kampf an.

Wir begrüßen die auf Initiative der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossene Verschärfung des Berliner Spielhallengesetzes. Gemeinsam mit unserem Abgeordneten Matthias Brauner setzen wir uns für eine deutliche Reduzierung der Spielhallen und Wettbüros im Bezirk sowie die konsequente Überwachung durch Schwerpunktkontrollen ein.

Das gleiche Engagement fordern wir beim Jugendschutz. Durch eine enge und kooperative Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt und Justiz zur Durchsetzung eines effektiven Jugendschutzes kann viel erreicht werden.

Auf die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren sind wir zu Recht stolz. Mit diesem Engagement konnten schon viele Leben gerettet werden. Dafür sind wir sehr dankbar!

2.2 Stadtentwicklung

Eine gute und ausgewogene Stadtentwicklungspolitik hat einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunftsperspektiven einer Stadt und eines Bezirkes. Dabei legen wir einerseits den Fokus auf eine Gesamtstrategie Spandaus, wollen aber im speziellen die einzelnen Ortsteile als für sich eigenständige Quartiere betrachten, die es gilt weiterzuentwickeln. Die einzelnen Ortsteile sind zu unterschiedlich und vielfältig, als dass es eine einheitliche Herangehensweise und einheitliche Kriterien geben kann. Spandau ist geprägt von ländlichen Bereichen z. B. im Spandauer Süden und von urbanen Strukturen in den Großsiedlungen. Wir wollen an dieser Mischung festhalten und jeden Ortsteil für sich stärken und weiterentwickeln.

Die Altstadt ist Spandaus Herzstück und Aushängeschild zugleich. Daher freuen wir uns, dass es unserem Bezirksstadtrat Carsten Röding gelungen ist, das Bundes-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ für Spandau zu akquirieren. Die dadurch in den kommenden Jahren zur Verfügung stehenden Mittel in Millionenhöhe wollen wir nutzen, um das Gesamtbild der Altstadt Spandau deutlich zu verbessern.

Darüber hinaus versprechen wir uns vom eingesetzten Altstadtmanagement ein besser aufeinander abgestimmtes Vorgehen der Hauseigentümer aber auch der Geschäfte und damit verbunden eine deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Attraktivität der Angebote. Wir wollen, dass die Altstadt auch am Abend noch mehr belebt wird. Mehr Außensitzplätze vor Restaurants und Cafés wären ebenso förderlich, wie eine bessere Lenkung der Besucherströme von der Zitadelle in die Altstadt.

Das Engagement der Vereinigung Wirtschaftshof Spandau, z. B. mit den hervorragenden Angeboten des Land- und Bauernmarktes oder dem jährlich stattfindenden Familientag, findet ebenso unsere Unterstützung, wie die von Partner für Spandau

organisierten vielfältigen Veranstaltungen, wie z. B. den traditionellen Weihnachtsmarkt in der Altstadt oder das Havelfest am Lindenufer.

Mit Beharrlichkeit und gutem Geschick ist es Carsten Röding mit Unterstützung unseres Bundestagsabgeordneten Kai Wegner gelungen, für das „Alte Postgelände“ endlich eine Perspektive zu schaffen. Der neue Eigentümer hat bereits in Aussicht gestellt, die vorhandenen Gebäude noch in diesem Jahr abzureißen und den Schandfleck im Herzen Spandaus zu beseitigen. Gemeinsam mit dem Bezirk wird eine Bebauung abzustimmen sein, der Eigentümer wird erhebliche Investitionen tätigen. Wir werden diesen Planungsprozess positiv begleiten.

Als Flächenbezirk hat Spandau jedoch neben der Altstadt auch viele kleinere Zentren in den Ortsteilen, die ebenfalls unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung brauchen. Daher wollen wir zukünftig noch mehr bezirksweit und auch darüber hinaus für die Standorte werben.

Das von unserem Bezirksstadtrat Carsten Röding initiierte neue Stadtumbau West-Fördergebiet im Bereich Brunsbütteler Damm bis zur Heerstraße, wird der sozial stark belasteten Region viele Möglichkeiten geben. Wir wollen bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum, wie z. B. die Umgestaltung von Grün- und Freiflächen sowie Spielplätzen oder die Sanierung öffentlicher Gebäude vorantreiben.

Wir begrüßen es, dass das Gelände des ehemaligen Kraftwerks Oberhavel bebaut wird und die Insel Gartenfeld als Ort des innovativen Wohnens und der „neuen Berliner Mischung aus Arbeiten und Wohnen“ die Attraktivität des Bezirkes erhöht.

2.3 Verkehr

In Spandau sollen alle Verkehrsarten ihren Platz und ihre Berechtigung haben. Die CDU Spandau macht Verkehrspolitik nicht aus dem Blickwinkel nur einer Gruppe von Verkehrsteilnehmern. Für uns sind die Interessen von Fußgängern, Radfahrern, Autofahrern und Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Absenkung von Bordsteinen für mehr Barrierefreiheit hat für uns ebenso hohe Priorität wie die Verbesserungen der Sicherheit des Radverkehrs, die Erhaltung von Buslinien und die Verbesserungen für den fließenden Verkehr.

Unnötigen LKW-Verkehr wollen wir aus den Wohngebieten heraushalten. Deshalb braucht man auch leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen wie z.B. die Anbindung des Brunsbütteler Damms an die L20.

Wir lehnen ein flächendeckendes Tempo 30 ab. Vor Schulen, Kindergärten oder auch Senioreneinrichtungen hingegen setzen wir uns für entsprechende verkehrliche Maßnahmen, wie z. B. eine Reduzierung der Geschwindigkeit, eine Querungshilfe (Zebrastreifen) oder eine Lichtzeichenanlage (Ampel) ein. Die Schulwegsicherheit der kleinsten Spandauer wollen wir auch zukünftig zusätzlich durch Schulwegpläne und den Einsatz von Schülerlotsen erreichen.

Für unseren Bezirk hat es eine große Bedeutung, dass wir im Berliner Abgeordnetenhaus das durch SPD und DIE LINKE eingeführte Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft haben. Damit werden notwendige Straßen-, Gehweg- und Radwegstandsetzungen nicht mehr gebremst und blockiert und die betroffenen Bürger nicht

mehr unverhältnismäßig belastet. Dank der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus sind in den letzten fünf Jahren insgesamt 100 Mio. Euro für die Schlaglochanierung zur Verfügung gestellt worden. In Spandau haben wir die zur Verfügung gestellten Mittel schneller als alle anderen Bezirke in das Spandauer Straßenland investiert.

Die vielen häufig nicht abgestimmten Baustellen sind ein großes Ärgernis für die Verkehrsteilnehmer aber auch eine unnötige Belastung für den Wirtschaftsverkehr. In aller Regel sind nicht die bezirklichen Stellen dafür verantwortlich, sondern die von SPD-Verkehrssenator Geisel verantwortete Verkehrslenkung Berlin. Wir fordern daher vom Berliner Senat ein effektives Baustellenmanagement, das alle beteiligten Akteure und auch die Öffentlichkeit über aktuelle Planungsstände informiert und somit mehr Transparenz und damit auch mehr Planbarkeit schafft.

Wir wollen den Einsatz von eMobility-Fahrzeugen wie eBikes oder Elektroautos ebenso unterstützen wie die Ausweitung von Carsharing-Projekten auf das Gebiet des gesamten Bezirks. Spandau soll als Außenbezirk nicht benachteiligt werden. Hierfür soll ein Standortkonzept für Spandau erarbeitet werden. Für Leihfahrradangebote wollen wir an zentralen Plätzen Abstellmöglichkeiten schaffen.

Wir wollen sicheren Fahrradverkehr stärken. Wir fordern mehr Fahrradparkplätze an den Bahnhöfen Albrechtshof, Staaken, Spandau und Stresow. Darüber hinaus sollte ein Fahrradlinienkonzept erarbeitet werden, das Möglichkeiten und Potenziale für den Fahrradverkehr im gesamten Bezirk darlegt.

Als Außenbezirk sind einige Ortsteile von wichtigen und schnelleren Verkehrsmitteln abgeschnitten. Gleichzeitig findet eine immer stärkere Verzahnung mit dem Brandenburger Umland statt. Daher fordern wir für den Spandauer Süden, für das Falkenhagener Feld, die Wohnsiedlung Heerstraße Nord und für Hakenfelde eine bessere Verkehrsanbindung fernab von Straße, Fahrrad und Bus. Für das Falkenhagener Feld und die Heerstraße Nord konkret fordern wir, den Planungsprozess der bereits seit langem angedachte und geplante Verlängerung der U-Bahn wieder aufzunehmen, um die Linien endlich zu vollenden. Straßenbahnen in Spandau lehnen wir ab, da diese den Autoverkehr unverhältnismäßig stark belasten würde.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gute Regionalverkehrsverbindung mit dem Haveland erhalten bleibt. Pläne, die S-Bahn zu verlängern finden unsere Unterstützung nur, wenn die Verbindung mindestens bis nach Falkensee reicht, der existierende Regionalverkehr nicht eingeschränkt und der Lärmschutz für die Anlieger deutlich verbessert wird.

Zu einer guten und schnellen Anbindung an den geplanten Hauptstadtflughafen BER gehört eine direkte Verbindung mit dem Regionalverkehr mindestens vom Bahnhof Spandau aus. Ab dem Tag der Eröffnung muss dies gewährleistet sein.

Ein wachsender Bezirk, in dem die Menschen darüber hinaus immer älter werden, braucht gute komfortable Busverbindungen. Daher fordern wir die Taktzeiten auf einigen Linien dem Bedarf anzupassen. Busse, die auf Grund von Überfüllung an Haltestellen vorbeifahren, darf es zukünftig nicht mehr geben. Bei der Bedarfsfeststellung muss im Besonderen berücksichtigt werden, dass immer genügend Platz für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen und Rollatoren sein muss. Wir freuen uns, dass sich unserer Abgeordneter Matthias Brauner mit der Forderung nach einem Aufzug am U-

Bahnhof Haselhorst durchgesetzt hat. Darüber hinaus setzen wir uns für den Bau weiterer Aufzüge an Spandauer U-Bahnhöfen, wie z. B. am U-Bahnhof Siemensdamm ein.

Für den Bahnhof Spandau wollen wir zukünftig bessere Lösungen finden, um das zunehmende PKW-Aufkommen durch mehr Abholparkplätze abzumildern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Fußverbindung zwischen dem U-Bahnhof und dem Bahnhof Spandau überdacht wird.

2.4 Wohnen

Der Wohnungsbau ist in der Regierungszeit von SPD und DIE LINKE sträflich vernachlässigt worden. Wesentliche Entwicklungen wurden verschlafen. Erst mit Eintritt der CDU in den Senat hat sich Berlin entschlossen, den dringend benötigten Wohnungsneubau auf den Weg zu bringen. In Spandau hatte bis vor wenigen Jahren kein Bürger Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Durch die Verdrängungsprozesse aus den Innenstadtbezirken hat sich dies deutlich verändert. Inzwischen ist kaum noch Wohnungsleerstand festzustellen. Es wird auch in Spandau zunehmend schwerer, eine Wohnung zu finden. Daher unterstützen wir unseren Bezirksstadtrat Carsten Röding in seiner Linie, Wohnbaupotenziale zu ermitteln und Wohnungsbau zu unterstützen. Entgegen anderer Parteien setzen wir nicht ausschließlich auf den „Sozialen Wohnungsbau“. Wir wollen bei allen Bauvorhaben die „Durchmischung“ sicherstellen. Durchmischung heißt, dass wir eine Berliner Mischung aus Wohnen im Geschosswohnungsbau zur Miete, Eigentumswohnungen und auch die individuelle Bebauung miteinander verbinden wollen – ganz so wie Berlin das in vielen Quartieren seit Jahrzehnten hat. Den reinen Bau neuer Großsiedlungen lehnen wir ab. Bei Verdichtungsvorhaben wollen wir die Belange der hier bereits lebenden Menschen besonders berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wollen wir das genossenschaftliche Wohnen besonders fördern! So können wir uns gut vorstellen, dass Genossenschaften beim Kauf städtischer Grundstücke eine bevorzugte Position bekommen.

Eine vernünftige und nachhaltige Baupolitik ist auch Bestandteil einer erfolgreichen Sozialpolitik. Bezahlbare Mieten und eine heterogene Sozialstruktur in allen Spandauer Ortsteilen beugen sozialer Ausgrenzung und Kriminalität nachhaltig vor. Hier kommt insbesondere den Wohnungsbaugesellschaften eine besondere Verantwortung zu, aus der wir die Vermieter auch nicht entlassen wollen. Für den Erhalt von bezahlbaren Mieten ist die Mietpreisbremse das richtige Instrument.

Wir wollen aber auch den privaten Haus- und Wohnungsbau ermöglichen. Dies stärkt langfristig den Bezirk und stellt eine langfristige Altersvorsorge dar. Wer sich an Spandau bindet, trägt nach seinen individuellen Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Menschen, die sich allein oder in Baugruppen und Genossenschaften für ein Eigenheim oder eine Wohnung in Spandau entscheiden, wollen wir fördern und nicht zusätzlich belasten.

Die Entwicklung neuer Wohngebiete hat häufig starken Einfluss auf die sie umgebenden Gebiete. So werden in Haselhorst die verbleibenden Baufelder im Gebiet der Wasserstadt jetzt der geplanten Bebauung zugeführt. Ebenfalls wird auf der Insel Gartenfeld ein Gewerbe-Wohnpark errichtet. Das sind zwei der zwölf neuen Siedlungsgebiete Berlins. Für uns ist es daher wichtig, dass die Anwohner über die Pro-

zesse zur Entscheidung über die Art und das Maß der baulichen Nutzung intensiv informiert und bei der Aufstellung der Bebauungspläne auch beteiligt werden. Voraussetzung für die Errichtung neuer Wohngebiete bzw. für die Verdichtung in bestehenden Wohngebieten ist in jedem Fall eine leistungsfähige verkehrliche Erschließung und eine Berücksichtigung der zusätzlich entstehenden Bedarfe an sozialer Infrastruktur. Das bedeutet für uns im Falle der beiden Siedlungsgebiete, dass wir den Senat bei seinen Überlegungen, die Trasse der Siemensbahn weiter vorzuhalten, unterstützen. Wir können uns auch vorstellen, auf der Siemensbahn als Interimslösung einen Radschnellweg anzulegen. Hierzu fordern wir allerdings auch, dass sich der Senat und der Eigentümer um die Pflege und Verkehrssicherung kümmern und dies nicht wie in den vergangenen Jahrzehnten einfach unterlässt.

Die vorhandene soziale Infrastruktur ist an vielen Stellen noch immer stark sanierungsbedürftig. Daher fordern wir vom Berliner Senat, die notwendigen finanziellen Mittel zügig bereitzustellen. Dabei ist darauf zu achten, dass mit den Sanierungsmaßnahmen auch die Barrierefreiheit hergestellt wird. Im Eigentum des Landes Berlin befindliche Grundstücke müssen für die Errichtung sozialer Infrastruktur gesichert werden.

Wir werden auch weiter für siedlungsverträgliche Grundwasserstände kämpfen und die Eigentümer, Mieter und Unternehmer damit nicht im Regen stehen lassen. Die Ergebnisse des Runden Tisches Grundwasser waren für uns nur ein Zwischenstand. Wir fordern, dass in Siemensstadt das dritte Modellvorhaben für das Grundwassermanagement auch eingeführt wird. Landesweit fordern wir darüber hinaus, dass das Land Förderprogramme für betroffene Häuser und Gebiete konzipiert, damit Brunnenanlagen auch errichtet und somit viele Häuser für die Nutzer bewohnbar bleiben können – Berlin braucht jede Wohnung!

2.5 Natur und Umwelt

Spandaus Markenzeichen ist die intakte Natur und die damit verbundenen Erholungsgebiete. Die vielen Wasser-, Wald- und Grünflächen sorgen für mehr Lebensqualität bei den Spandauerinnen und Spandauer und sind ein wichtiger Standortfaktor auch für den Tourismus. Dies wollen wir erhalten und wo nötig verbessern.

Daher wollen wir in den kommenden Jahren Schritt für Schritt die finanziellen Mittel für die Pflege der Grünflächen erhöhen. Dabei fordern wir gleichzeitig den Berliner Senat auf, die Benachteiligung der Außenbezirke bei der Mittelzuweisung für die Grünflächenpflege endlich zu beenden. Grundsätzlich muss die Grünflächenpflege auch weiterhin in bezirklicher Regie mit ausgebildeten Gärtnern erfolgen. Den bisher erfolgreichen Weg, jungen selbst ausgebildeten Gärtnern eine Perspektive zu geben, wollen wir fortsetzen.

Gleichzeitig wollen wir aber auch Initiativen unterstützen, die sich ehrenamtlich z. B. als Grünflächenpflegepaten für die Sauberkeit in ihrem Umfeld einsetzen. Dieses Engagement darf jedoch nicht die Verantwortung des Staates ersetzen.

In den vergangenen Jahren haben wir bewiesen, dass wir z. B. mit der Umgestaltung des Lindenufers und der Kleinen Badewiese die Aufenthaltsqualität verbessern und die Ortsteile nachhaltig aufwerten.

Wir wollen mit 100 zusätzlichen Parkbänken, zusätzlichen Mülleimern und Hundetüstenstationen die Attraktivität unserer Grünanlagen weiter erhöhen.

Die Gatower Rieselfelder gehören allen Bürgerinnen und Bürgern und müssen daher öffentlich zugänglich bleiben. Einer Veräußerung oder Einzäunung werden wir uns entschieden entgegenstellen.

Wir haben die Freizeitsportanlage Südpark zu einem wirklichen Sport- und Erholungsgebiet entwickelt. Die jüngst abgeschlossenen Umbauarbeiten sind ein weiterer wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung der Anlage.

Wir wollen weitere bisher ungenutzte öffentliche Flächen, wie zuletzt die Hakenfelder Promenade, aufwerten und damit das Wohnumfeld verbessern.

Wir stehen an der Seite der Spandauer Kleingärtner. Wir wollen diese Vielfalt und Lebensqualität bewahren und setzen uns für den Erhalt von Kleingärten ein. Dazu gehört die Sicherung durch langfristige Pachtverträge ebenso, wie die Unterstützung bei Problemen bei der Erschließung.

Gleiches gilt aber auch für unsere Wochenendsiedler. Den seit über zweieinhalb Jahre andauernden persönlichen Kampf des amtierenden SPD-Bezirksbürgermeisters gegen die Wohnsiedlung Hakenfelde kann niemand mehr nachvollziehen. Immer neue Hürden und nicht eingehaltene Versprechen, sowie ein völlig inakzeptables Einmischen der SPD-Funktionäre in das Verwaltungshandeln zeigen, dass es dringend einen neuen Bezirksbürgermeister braucht. Wie es gehen kann, hat unser Bezirksstadtrat Gerhard Hanke mit dem Abschluss von neuen langfristigen Pachtverträgen bei der IG Rust und dem Sportverein Aalemann gezeigt. Planungssicherheit ist ein hohes Gut für Sportvereine und Wochenendnutzer.

Die Sanierung und Wiederherstellung des Gutsparks Neukladow wird nicht nur den Tourismusstandort Spandau stärken, sondern wird auch ein wichtiges Erholungsgebiet für die Spandauerinnen und Spandauer sein. Daher ist es wichtig, dass das Projekt an Fahrt aufnimmt und wichtige Weichen gestellt werden. Insbesondere muss es zukünftig noch besser gelingen, Spenden für die Bürgerstiftung Gutspark Neukladow einzuwerben.

Die Bewahrung der Schöpfung gehört zu den Grundsätzen einer christlich-demokratischen Politik. Die Spandauer CDU begreift den Klimaschutz als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts und unterstützt die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien. Wir begrüßen daher das Engagement der Klimawerkstatt, die sich den Themen Klimaschutz widmet und dabei einen breiten öffentlichen Bürgerdialog dazu führt. Nur so kann das Interesse geweckt und die Akzeptanz für klimapolitische Maßnahmen erhöht werden. Wir werden uns für den Erhalt und den Ausbau solcher Initiativen einsetzen.

Umweltschutz geht häufig auch mit Lärmschutz einher. Mit Verkehren gehen immer auch Emissionen einher. Diese lassen sich nicht vollständig vermeiden, aber auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Wir setzen uns daher für aktive sowie passive Schallschutzmaßnahmen an den Spandauer Bahnlinien ein. Bei der Sanierung der Hauptverkehrsstraßen wollen wir, dass vermehrt offenerporiger Asphalt (Flüsterasphalt) verwendet wird.

Wir wollen die Nutzung von Elektromobilität durch Ausnahmeregelungen für die Benutzung von Busspuren und den Verzicht auf die Erhebung von Parkgebühren im öffentlichen Straßenland fördern und den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorantreiben.

Die Landwirtschaft in Spandau bietet wichtige Freizeit-, Erholungs- und Lehrangebote. Wir wollen die landwirtschaftlichen Betriebe erhalten und unterstützen. Familienangebote, wie auf dem Vierfelderhof in Gatow, wollen wir fördern.

Die Gartenarbeitsschulen sind nicht nur wichtig für den naturnahen Unterricht. Sie sind auch wichtige Orte, die die Themen Umwelt und Natur in den Bezirk tragen. Wir wollen Sie stärken und personell wie finanziell noch mehr unterstützen.

2.6 Tierschutz

Die CDU Spandau möchte das Miteinander von Mensch und Tier konstruktiv gestalten. Der Tierschutz hat für uns eine herausragende Bedeutung. Er ist sogar im Grundgesetz als Staatsziel benannt. Das Tierschutzgesetz verbietet es zum Beispiel, dass einem Tier ungerechtfertigt Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Die Tierhalter sind verpflichtet, im Interesse des Wohlbefindens der Tiere die jeweils geltenden Vorschriften einzuhalten. Leider halten sich nicht alle Tierhalter an diese einfachen Regeln. Um den Tieren in Spandau ein artgerechtes Leben zu ermöglichen, muss die Einhaltung der Tierschutzvorschriften stärker als bisher kontrolliert und Verstöße härter geahndet werden.

Durch zusätzliches Personal wollen wir das Spandauer Veterinäramt in ihrem Engagement stärken. Zusätzlich wollen wir, dass das Bezirksamt einen Tierschutzpreis auslobt und gegebenenfalls einen Tierschutzbeirat beruft, der die Bezirksverwaltung berät und unterstützt.

Wir begrüßen die Initiative unseres Bundestagsabgeordneten Kai Wegner und unseres Bezirksverordneten Thorsten Schatz, die Initiative "Giftköderalarm Berlin" ins Leben gerufen zu haben. Hier können Fundorte von Giftködern gemeldet werden, um andere Hundebesitzer schellst möglich zu warnen. Wir fordern, dass die öffentlichen Behörden sich zukünftig engagierter an der Aufklärung solcher Straftatbestände beteiligen und kriminellen Tierhassern das Handwerk gelegt wird. Berlin braucht endlich einen beim Landestierschutzbeauftragten angesiedelten amtlichen Giftköderatlas.

Die CDU Spandau steht für den Erhalt bestehender Hundeauslaufgebiete. Hunde benötigen auch und gerade in einer Großstadt wie Berlin geeignete Flächen, auf denen sie frei miteinander spielen können. Wir wollen prüfen, inwieweit weitere Auslaufflächen, z.B. in Form von umzäunten Hundespielplätzen, geschaffen werden können.

In Berlin werden viele Tierversuche durchgeführt, um z. B. die Wirksamkeit und die Sicherheit von Medikamenten und Lebensmitteln zu prüfen und so das Risiko für den Menschen zu verringern. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Tierversuche auf das absolut notwendige Maß reduziert und die Anstrengungen zur Entwicklung von Alternativmethoden weiter verstärkt werden.

Tiere haben gerade in der wachsenden Stadt auch eine wichtige soziale Funktion. Wir wollen daher Initiativen unterstützen, die das konstruktive Zusammenleben von Mensch und Tier fördern, die Menschen den artgerechten Umgang mit den Tieren näher bringen oder die z.B. Hunde als Therapiehunde in Kitas oder Altenheimen einsetzen.

Die CDU Spandau möchte, dass in Spandau eine Fläche für einen Tierfriedhof geschaffen wird. Die soziale Bindung von Mensch und Tier soll auch in der Erinnerungs- und Trauerkultur weiterbestehen können.

2.7 Freizeit und Kultur

Freizeitangebote und Kultur haben in Spandau einen hohen Stellenwert. Dafür steht unser Bezirksstadtrat Gerhard Hanke auch ganz persönlich. In seiner Amtszeit hat sich Spandau im kulturellen Bereich äußerst positiv auch über die Grenzen Spandaus hinweg entwickelt.

Die Zitadelle Spandau ist inzwischen nicht mehr nur eines der Wahrzeichen Spandaus, sondern auch ein Ort anspruchsvoller Kunst- und Kulturangebote. Die inzwischen berlin- und deutschlandweit bekannten Open-Air-Veranstaltungen, Konzerte und Ausstellungen, wie zuletzt die Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“ sind nur ein kleiner Ausschnitt der Angebotspalette. Wir werden diesen Weg fortsetzen!

Dazu wollen wir die kulturellen Angebote auf der Freilichtbühne, im Gutspark Neukladow und im Kulturhaus Spandau ausweiten. Geschichte und Kultur ist in Spandau erlebbar. Besondere Veranstaltungsformen wie Konzerte, Filmvorführungen oder Lesungen an historischen Orten werden gern angenommen. Projekte wie die Nachwächterführungen der AG Altstadt Spandau wollen wir ausbauen.

Wir wollen zukünftig Anziehungspunkt für die Kreativwirtschaft werden. Daher wollen wir das bestehende Netzwerk ausbauen und auch finanzielle Anreize für die Ansiedlung von jungen Künstlern schaffen.

Die Pflege der bestehenden Städtepartnerschaften ist uns ein Herzensanliegen. Wir wollen jedoch, dass der Austausch nicht nur auf der Ebene der Verwaltungsspitzen und der Partnerschaftsvereine gelebt wird. Es muss zukünftig noch besser gelingen, Verbindungen zwischen den Schulen und den Sportvereinen sowie zwischen Wirtschaft und Kultur aufzubauen. Partnerschaft muss von den Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden! Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Wir wollen ein jährlich stattfindendes „Spandau-Fest“ initiieren. Dieses Volksfest soll die gemeinsame Identität aller Spandauerinnen und Spandauer und die Vielfältigkeit unseres Bezirks, auch unter interkulturellen- und interreligiösen Aspekten, zum Ausdruck bringen.

Wir streben ferner eine Kampagne an, die diese gemeinsame Identität auch im Straßenland plakativ sichtbar macht. Gruppen und Einzelpersonen sollen mit ihren Biografien auf großen Tafeln vorgestellt werden. Denn sie alle sagen: „Ich bin Spandauer“. Diese Plakatkampagne soll von einer Aktionswoche begleitet werden, an denen

sich Schulen, Kirchen, Moscheen und andere Vereine und Initiativen beteiligen können.

2.8 Verwaltung

In zehn Jahren SPD/DIE LINKE-Senat ist die öffentliche Verwaltung nachhaltig kaputtgespart worden. Die Berliner Bürgerämter stehen hierfür nur exemplarisch. Seit unserer Senatsbeteiligung konnte diese Entwicklung gebremst und umgedreht werden. Die Bezirke konnten erstmals wieder Personal einstellen. Doch noch immer hat der SPD-Finanzsenator nicht verstanden, dass auf den öffentlichen Dienst ein kaum mehr zu bewältigendes Nachwuchsproblem zukommt. Auf absehbare Zeit wird etwa ein Drittel der öffentlich Bediensteten auch in Spandau in den Ruhestand gehen. Noch immer wird zu wenig ausgebildet und es wird um jede neue und zusätzliche Stelle seitens der Finanzverwaltung „gefilscht“.

Wir wollen den öffentlichen Dienst wieder nachhaltig stärken. Durch zusätzliches Personal in fast allen Bereichen wollen wir die Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren wieder herstellen. Dazu zählt auch eine gute und wettbewerbsfähige Bezahlung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den letzten Jahren Verzicht geübt.

Die langen Wartezeiten auf einen Termin beim Spandauer Bürgeramt müssen endlich ein Ende haben. Ebenso wollen wir den Fehler der SPD rückgängig machen, die Angebote der „Mobilen Bürgerämter“ einzustellen und das vollwertige Bürgeramt in Kladow zu schließen. Wir wollen die Erreichbarkeit bürgernaher Dienstleistungen verbessern, kürzere Wartezeiten in unseren Bürgerämtern erreichen und wieder „Mobile Bürgerämter“ in den Ortsteilen einrichten.

In Spandau sind erste Schritte einer strukturierten Personalentwicklung eingeleitet worden. Hier braucht es dringend weitere und deutlichere Schritte. Die Spandauer Verwaltung muss im Bewusstsein gerade auch der jungen Menschen ein attraktiver Arbeitgeber werden. Maßnahmen wie die Schaffung einer Betriebskita oder auch das Angebot gerade an jüngere Mütter und Väter, von zu Hause aus zu arbeiten, können die Attraktivität steigern. Wir wollen mit einem Prämiensystem Mitarbeiter motivieren, bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern behilflich zu sein und Verbesserungsvorschläge zu Organisation und Abläufen zu unterbreiten.

Die bezirklichen Verwaltungsgebäude müssen barrierefrei saniert werden. Durch sinnvolle Investitionen spart der Bezirk langfristig Geld für Energie und Reparaturen.

3 Unsere Angebote an Spandaus Familien und Jugend

3.1 Familie

Familien leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ob mit der Erziehung von Kindern, das gegenseitige Eintreten füreinander oder auch die generationenübergreifende Unterstützung. All dies braucht die besondere Förderung durch den Staat.

Wir wollen, dass grundlegende Beschlüsse des Bezirksamtes vor Beschlussfassung auf Familientauglichkeit überprüft werden. Im Bezirksamt Spandau wollen wir dazu neben den Beauftragten für Menschen mit Behinderung und Senioren, der Frauenbeauftragten und dem Migrationsbeauftragten einen Familienbeauftragten einsetzen. Seine Aufgabe wird es sein, einerseits die Bezirksverwaltung zu beraten und andererseits in den Bezirk hineinzuwirken, um für die Belange der Familien einzutreten. Davon versprechen wir uns auch über Spandau hinaus ein wichtiges Signal.

Häusliche Gewalt gegen Frauen wie gegen Männer nimmt leider zu. Wir begrüßen die Initiative unseres Bezirksstadtrates Frank Bewig, gemeinsam mit der Frauenbeauftragten und dem Frauenselbsthilfeprojekt Eulalia Eigensinn das bezirksweite Netzwerk gegen häusliche Gewalt gegründet zu haben. Für zukünftige Öffentlichkeitsarbeit und Projekte wollen wir die finanziellen Zuschüsse erhöhen.

Familienförderung heißt für uns, die soziale Infrastruktur im Ortsteil zur Verfügung zu stellen. Mit der Schaffung von inzwischen acht Familienzentren, verteilt über ganz Spandau, haben wir wichtige Beratungs- und Unterstützungszentren gerade für junge Familien geschaffen. Wir wollen weitere Familienzentren ggf. auch unter einem Dach mit einem Stadtteilzentrum schaffen.

Die Angebote der öffentlichen Bibliotheken, der Volkshochschule und der Musikschule sind schon heute ausgezeichnet. Den von uns eingeschlagenen Weg, Angebote noch breiter im Bezirk zu verteilen und damit besser erreichbar und auch familienfreundlicher zu gestalten, wollen wir fortsetzen.

Spandau hat wie kein anderer Bezirk in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt auf die Sanierung und Neugestaltung von Spielplätzen gelegt. Auf Initiative unseres Bezirksstadtrates Carsten Röding wurde das Projekt „Raum für Kinderträume“ gegründet, bei dem der Bezirk mit Hilfe privater Partner und Sponsoren zusätzliche Spielplätze sanieren und Spielgeräte erneuern konnte. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen!

Darüber hinaus wollen wir weiter für Spielplatzpatenschaften werben und deren Aktivitäten tatkräftig unterstützen.

3.2 Kinderbetreuung

Die Zukunftsfähigkeit eines Bezirkes zeigt sich auch am qualitativen aber auch quantitativen Kitaangebot. Wir konnten Versäumnisse der vergangenen Jahre „ausbügeln“ und neue Kitaplätze in Spandau schaffen. Der Kitaentwicklungsplan macht aber auch deutlich, dass wir insgesamt mehr Kitaplätze benötigen. Gute und funktionierende Kitas sind für uns wichtig, mit kleinen Gruppen bzw. mehr Erziehern als bisher. Das konnte die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus jetzt in Gesetzesform gießen. Wenn

dazu noch die Kita-Gebührenfreiheit finanzierbar ist, verschließen wir uns dieser nicht. Wir wollen, dass jede Familie die Chance auf einen guten Kitaplatz in Wohnortnähe erhält. Die Schließung der "Flughafenkita" in Gatow durch den amtierenden SPD-Bezirksbürgermeister war eine der vielen Fehlentscheidungen, die niemand nachvollziehen kann.

Wir brauchen aber zukünftig mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung. Daher wollen wir die Schaffung von 24-Stunden-Kitas unterstützen, die sieben Tage die Woche, insbesondere für Schichtarbeiter und alleinerziehende Eltern, die Kinderbetreuung zu anderen Zeiten benötigen als das Gros der Familien, geöffnet haben.

Um dem Erziehermangel entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine deutlich bessere Bezahlung ein.

Das derzeitige Anmeldesystem ist wenig effizient und verlässlich. Viele Eltern lassen sich aus Angst, sie würden bei ihrer präferierten Kita nicht berücksichtigt werden, bei sehr vielen verschiedenen Kitas in ihrer Umgebung auf die Wartelisten setzen. Das führt zu Planungsunsicherheit bei Eltern und Kita-Trägern. Wir wollen ein vereinfachtes (Online-)Vergabesystem schaffen, das sich direkt an den persönlichen Bedürfnissen der Familien orientiert. Dabei muss die Systematik der Kita-Gutscheine dringend flexibilisiert und an die Bedürfnisse der Familien angepasst werden.

Wir stehen für ein vielfältiges an den Bedürfnissen der Eltern orientiertes Kinderbetreuungsangebot. Neben den Kindertagesstätten unterstützen wir auch die Gründung und den Betrieb von Elterninitiativ-Kitas und die Angebote durch Tagesmütter und Tagesgroßpflegestellen.

3.3 Schule und Ausbildung

Wir wollen gute Schulen in unserem Bezirk, die allen jungen Spandauerinnen und Spandauer die Chance auf einen guten Schulabschluss bieten. Dafür brauchen wir genügend Lehrkräfte, ausreichendes Unterrichtsmaterial sowie intakte, attraktive Schulgebäude.

Wir wollen den Unterrichtsausfall auf ein Minimum begrenzen und fordern vom Berliner Senat, endlich mehr junge Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Die SPD-geführte Schulverwaltung muss endlich aufhören, den tatsächlichen Unterrichtsausfall zu beschönigen. Mehr Ehrlichkeit hilft auch, den hausgemachten Problemen besser auf den Grund zu gehen.

Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Lehrer in Berlin wieder verbeamtet werden. Denn solange andere Bundesländer attraktivere Konditionen bieten, werden wir Mühe haben, Lehrer zum Verbleib in Berlin zu bewegen oder gut ausgebildetes Personal aus anderen Bundesländern nach Berlin zu holen. Es war ein Fehler der SPD-Schulverwaltung, das Ausbildungsseminar für Grundschullehrer in Spandau abzuschaffen. Gerade an den Spandauer Grundschulen fehlen Lehrkräfte. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Fehler rückgängig gemacht und künftig wieder Grundschulreferendare direkt in Spandau ausgebildet werden.

Im Interesse eines Schulfriedens wollen wir die bestehende Schulstruktur nicht erneut ändern. Dafür hat unsere Senatsbeteiligung nach unzähligen rot-roten Schulre-

formen in Berlin gesorgt. Die Gymnasien stellen in ihrer Vielfalt eine wichtige Säule der Berliner Schulstruktur dar. Wir werden unser Anliegen, die Gymnasien zu unterstützen, weiter verfolgen. Nach unserer Überzeugung sollen alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen weiterhin unterschiedliche Bildungsangebote zur Verfügung gestellt bekommen. Zu diesem vielfältigen, differenzierten und durchlässigen Bildungsangebot gehören auch die Integrierten Sekundarschulen, die wir jeweils für sich unterstützen wollen.

Die optimale Versorgung der sehr individuellen Bedürfnisse von Schülern gelingt durch verschiedene Konzepte. Schulen in freier und privater Trägerschaft ergänzen und bereichern das staatliche Schulsystem. Sie gehören gleichberechtigt in die Schulplanung und ihrer Finanzierung.

Seit unserer Senatsbeteiligung ist es gelungen, die Verpflichtung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JüL) abzuschaffen und es den Grundschulen selbst zu überlassen, welche Lernformen sie für richtig halten. Darüber hinaus begrüßen wir die Abschaffung der generellen Früheinschulungen. Eltern können und sollen selber einschätzen, wann ihr Kind bereit für die Schule ist. Die Wiedereinführung der Vorschule ist uns wichtig. Der Vorschulunterricht muss dabei durch Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher erfolgen.

Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Eltern und Kinder sich für das Wahlpflichtfach Ethik oder Religion entscheiden können.

Auch behinderte Menschen haben das Recht auf eine gute Bildung. Wir setzen uns deshalb ausdrücklich für die Umsetzung der UN-Konvention an den Berliner Schulen ein. Das Kindeswohl wird in den Mittelpunkt gestellt, Elternwahlrecht und fachliche Qualität müssen durch verbindliche Standards für die sonderpädagogische Förderung an allen Lernorten erhalten bleiben. Die flächendeckende Umsetzung der inklusiven Schule und die Abschaffung von Sonderpädagogischen Förderzentren sind falsch. Die Diagnose eines sonderpädagogischen Förderbedarfs muss individuell für jedes Kind bei Schulbeginn festgestellt werden. Inklusion darf nicht länger ein Schlagwort bleiben, sondern muss endlich konsequent vom Senat angegangen werden. Dazu gehören Lehrerfortbildungen ebenso wie die Überprüfung bestehender Lehrpläne. Wenn Inklusion gelingen soll, wird deutlich mehr Personal in den Schulen benötigt. Wir sprechen uns für eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels von Sonderpädagogen bei gleichzeitiger Absenkung der Unterrichtsverpflichtung des Lehrpersonals aus. Kleinere Klassen mit besserer Betreuung schaffen mehr individuellen Lernerfolg in der Schule.

Schwimmen lernen kann Leben retten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Schwimmunterricht ein fester Bestandteil in der Berliner Grundschulbildung der dritten Klassen bleibt. Viel zu häufig fällt der Schwimmunterricht an einigen Schulen aus unterschiedlichen Gründen aus. Das wollen wir nicht hinnehmen und gemeinsam mit den Schulen ein Verfahren finden, wie der Schwimmunterricht zukünftig verlässlich gewährleistet werden kann.

Neben den klassischen Schülerlotsen, die Schulwege sicherer machen, gibt es mittlerweile vielerorts Konfliktlotsen, die Gewalt an Schulen präventiv begegnen. Dieser freiwillige Dienst wird von uns auch in Zukunft mit Anerkennung und Dank in Form von Schülerlotsenfeiern, kostenlosen Kinobesuchen und Urkunden gewürdigt.

Wir begrüßen das Engagement der Fördervereine in den Schulen und wollen daher einen Förderpreis für ehrenamtliches Engagement an Spandauer Schulen auszuloben.

Mit Gewalt finden wir uns nicht ab - auch nicht an Schulen. Mit Präventionsangeboten, wie Anti-Gewaltprojekte und dem Kooperationsmodell Schule/Sportverein, aber wenn es sein muss auch mit schnellen und klaren Konsequenzen, ist der zunehmenden Gewalt an Schulen zu begegnen. Lehrer, Eltern, Schüler und auch die Polizei müssen hier an einem Strang ziehen. Jeder Vorfall muss gemeldet werden. Denn auch hier gilt für uns der Grundsatz „Opferschutz geht vor Täterschutz“.

Für Schulverweigerer sind die Eltern verantwortlich. Sie haben für den Schulbesuch zu sorgen. Neben sozialpädagogischer Unterstützung der Familien fordern wir aber auch zum Schutz der Kinder, dass kooperationsunwillige Eltern mit spürbaren Konsequenzen zu rechnen haben.

Der von unserem Bezirksstadtrat Gerhard Hanke vorgelegte Schulentwicklungsplan bestätigt die Erkenntnis, dass wir bei einem wachsenden Bezirk auch neue Grundschulen benötigen sowie den Ausbau der Oberschulen beschleunigen müssen. Hier sehen wir den Berliner Senat in der Pflicht, mehr Mittel für die überbezirkliche Investitionsplanung vorzusehen. Ganz konkret fordern wir den Neubau einer Grundschule in Siemensstadt und den Neubau eines Gymnasiums im Weidenweg in Staaken.

Der Investitionsrückstau bei Spandauer Schulgebäuden von über 80 Millionen Euro wollen wir Schritt für Schritt abbauen. Insgesamt setzen wir auf stärkere schulische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung vor Ort. Die von der CDU durchgesetzte Verdoppelung des Sanierungsprogramms für die Schulen war ein wichtiger Schritt, der in den nächsten Jahren weitergegangen werden muss. Das von uns initiierte Schultoilettensonderprogramm werden wir fortführen.

Wir wollen die Spandauer Schulen nicht nur durch sanierte Gebäude modernisieren, sondern sehen die dringende Notwendigkeit, die Schule 2.0, durch eine Investitionsoffensive in Neue Medien, zu schaffen. Schultafeln und Kreide müssen ebenso wie OH-Projektoren bald Vergangenheit sein. Wir benötigen das technisch beste Niveau, ein vernetztes Schulgebäude und den Zugriff auf Datenbanken der Schule von zu Hause, um ein gemeinschaftliches Erarbeiten von Lerninhalten auch von zu Hause zu ermöglichen.

Die von unserem Bildungsstadtrat Gerhard Hanke ins Leben gerufene Ausbildungs-offensive, z. B. durch das Programm „Vorfahrt für Spandauer Schüler“ und die Berufsfindungsbörse, werden wir weiterführen. Unser Anspruch: Kein Schüler in Spandau ohne Schulabschluss und Ausbildungschance! Daher werden wir den Beschluss der SPD, die Mittel für das sehr erfolgreiche Programm „Vorfahrt für Spandauer Schüler“ zu streichen, rückgängig machen. Die Schaffung der neuen Jugendberufsagentur wird von uns begrüßt und in der Umsetzung unterstützt. Insgesamt muss für alle Projekte gelten, dass kein Jugendlicher verloren gehen darf!

Die Jugendverkehrsschulen in Spandau haben eine lange und erfolgreiche Tradition, die wir erhalten wollen.

3.4 Sport

Der Sport hat eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er steht für Werte, die für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung sind: Leistungsbereitschaft, Fairness, Solidarität, Integration und Inklusion. Daher wollen wir den Freizeit- und Breitensport besonders fördern.

In den vergangenen Jahren hatten die Sportvereine bei unserem Sportstadtrat Gerhard Hanke einen hohen Stellenwert. Viele Sportanlagen und Sportstätten konnten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erneuert und erweitert werden. Weitere müssen jedoch noch folgen. So unterstützen wir die Initiative unseres Abgeordneten Heiko Melzer, die Sportanlage der Spandauer Kickers um ein Fußballfeld zu erweitern und endlich ein zusätzliches Umkleidegebäude zu bauen.

Immer wieder stand in der Vergangenheit die Existenz der Bruno-Gehrke-Halle auf dem Spiel. Unserem Sportstadtrat Gerhard Hanke ist es nun gelungen, mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einen längerfristigen und für den Bezirk finanziell vertretbaren Nutzungsvertrag abzuschließen. Damit sind die sportlichen Angebote, wie z. B. das des Spandauer Box Club gesichert. Darüber hinaus ist mit dem von unserem Abgeordnetenhauskandidaten Dr. Ersin Nas geführten Verein Forum e.V. ein breit gefächertes Angebot für die Spandauer Neustadt in der Bruno-Gehrke-Halle entstanden.

Wir begrüßen die von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus durchgesetzte Aufstockung des Sportanlagensanierungsprogramms. Langfristig müssen die Bezirke in die Lage versetzt werden, notwendige Sanierungen aus dem eigenen Haushalt zu bestreiten.

Gemeinsam mit unserem Abgeordneten Peter Trapp fordern wir ein bundesweites Sonderprogramm Sport, um die finanziellen Spielräume für den Sport auch in Berlin und Spandau zu verbessern.

Wir setzen uns gegenüber dem Berliner Senat dafür ein, dass die Unabhängigkeit und Selbstverantwortung der Sportvereine gestärkt werden.

Nach dem Ausbau des Ganztags schulangebotes kommt es jetzt darauf an, die Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen auszubauen, um die bisherigen Vereinangebote mit dem Ganztagsangebot besser zu verknüpfen. Wir wollen, dass der Sportverein als wichtiger Ort des ehrenamtlichen Engagements erhalten und gestärkt und nicht durch das Ganztags schulangebot geschwächt wird.

3.5 Jugendhilfe und Jugendfreizeit

Seitdem wir die Verantwortung für das Jugendamt übernommen haben, hat sich sehr viel getan. Die den Bezirk in Schieflage gebrachte SPD-Schuldenmacherei im Jugendamt konnte durch eine Verbesserung der Organisation und durch zusätzliches Personal beendet werden, gleichzeitig wurde der Kinderschutz gestärkt und die nötige Unterstützung der Familien beibehalten.

Wir haben uns in den letzten vier Jahren auf den Weg gemacht, die präventiv wirkenden familienfördernden Angebote mit der Ausweitung des Modells der Familienzentren auszubauen und die Angebote in den Jugendfreizeiteinrichtungen dem Be-

darf der Jugendlichen anzupassen. Diesen Weg wollen wir in den nächsten Jahren durch die Sanierung der Jugendfreizeiteinrichtungen und durch zusätzliches Personal und Sachmittel fortsetzen.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, das Jugendberatungshaus zu sichern und in die Trägerschaft der GskA gGmbH/Outreach zu überführen, die bereits viel Erfahrung in der Spandauer Jugendarbeit durch ihre Streetworkangebote hat.

Wir wollen dafür sorgen, dass bei Wohnungsneubauvorhaben immer auch Angebote für Kinder und Jugendliche geplant werden.

Kinderschutz hat schon lange einen hohen Stellenwert im Spandauer Jugendamt. Gemeinsam ist es unseren Bezirksstadträten Gerhard Hanke und Frank Bewig gelungen, die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt beim Kinderschutz zu verbessern.

Jugendarbeit in Spandau muss sich weiter modernisieren. Deshalb hat die CDU Spandau aufsuchende Jugendsozialarbeit (Streetworker) initiiert. Deshalb unterstützen wir die Bolzplatzliga, die Sportangebote zu Abendzeiten und die Eigeninitiativen von Skatern- und BMX-Fahrern. Darüber hinaus haben wir erreicht, dass einige Jugendfreizeiteinrichtungen auch an Wochenenden geöffnet haben.

Wir wollen zukünftig noch mehr über die Gefahren von Drogen und Alkohol aufklären. Wir wollen ein Projekt auf den Weg bringen, bei dem ehemals Abhängigen, die ihre Erfahrungen authentisch beschreiben, Schulklassen besuchen und ihre Geschichte erzählen.

Neben den öffentlichen Angeboten wollen wir aber auch die ehrenamtliche Jugendarbeit, insbesondere der Kirchen, der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes und der DLRG, unterstützen.

Spandau jünger machen. Das erwarten viele junge Spandauer zu Recht. Das innovative und kreative Potenzial junger Spandauerinnen und Spandauer ist enorm groß. Ihnen gilt es, Unterstützung und Raum zu geben, damit „man nicht immer nach Berlin muss, um Leben zu erleben“.

Spandaus kluge Köpfe darf es nach der Schule nicht automatisch nach Berlin oder anderswo hinziehen. Dafür muss Spandau an seinem Image arbeiten und mehr bieten. Warum sollte ein Studentenwohnheim in Spandau nicht möglich sein? Warum sollte eine (private) Hochschule nicht in Spandau Platz finden? Wir wollen mit daran arbeiten, dass sich in Spandau wieder mehr Clubs und vielleicht auch wieder eine Strandbar etablieren!

4 Unsere Maßnahmen für eine starke Wirtschaft und mehr Arbeit

4.1 Wirtschaft

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind bei der CDU in guten Händen. Neue Investitionen und die Sicherung von Arbeitsplätzen konnten in den letzten Jahren durch viele Initiativen unseres Wirtschaftsstadtrates Carsten Röding erreicht werden. Für uns gehört Bestandspflege und Ansiedlungspolitik im Mittelstand und in der Industrie zum Spandauer Fundament für gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Wirtschaft in Spandau ist vielfältig. Vom klassischen Bauhandwerk über produzierendes Gewerbe, den täglichen Bedarf vom Fleischer und Bäcker bis hin zum kleinen und großen Einzelhandel, einem breiten Dienstleistungsangebot mit innovativen Geschäftsmodellen und freien Architekten, Ärzten und Rechtsanwälten. Sie alle werden angetrieben vom Willen zum unternehmerischen Erfolg. Dieses Engagement für Ideen und Produkte und damit für den Wirtschaftsstandort Spandau wollen wir unterstützen. Dazu werden wir Standortbedingungen der lokalen Wirtschaft perspektivisch sichern und entwickeln.

Wir wollen eine langfristige und transparente Flächenplanung und damit auch die Bedarfe der Unternehmen bei Erweiterungen und Neuansiedlungen stets im Auge haben.

Behördengänge sind nicht nur für Bürger, sondern auch für Unternehmen zeitraubend. Daher wollen wir für alle Ämter eine mittelstandsgerechte Genehmigungspraxis durchsetzen und wo immer möglich Abläufe elektronisch abwickeln und so beschleunigen.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Grenze für freihändige Vergaben von Bauleistungen und Liefer- und Dienstleistungen erhöht wird und die Regionalität als Kriterium für die Vergabe stärkere Berücksichtigung findet. Als mittelständischer Unternehmer teilt unser Abgeordnetenhauskandidat Thilo-Harry Wollenschlaeger diese CDU-Positionen für ein mittelstandsfreundliches und zupackendes Spandau.

Die exzellenten Zukunftsperspektiven der Gesundheitswirtschaft Berlins liegen im Bereich Forschung und Ausbildung, Krankenversorgung sowie Medizin und Biotechnologie. Spandau hat mit seinem hervorragenden, leistungsfähigen Krankenhausangebot, Einrichtungen des Gesundheitstourismus, den Reha- und Pflegeeinrichtungen, den niedergelassenen Ärzten und Apothekern und den ansässigen Pharmaunternehmen beste Potentiale. Mit dem Ausbau des Netzwerkes Gesundheitswirtschaft in Spandau schaffen wir eine Kommunikations- und Austauschplattform, auf der eine noch bessere Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitsbereiches entstehen kann.

Wir wollen das soziale und gesellschaftliche Engagement vieler Spandauer Unternehmen und Unternehmer noch mehr würdigen. Daher werden wir zukünftig dieses Engagement im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen ehren.

Wir wollen einen beim Wirtschaftsstadtrat angesiedelten Innovationsbeauftragten einsetzen, der qualifizierter Ansprechpartner für Firmen, Start-Ups und die Kreativbranche ist.

Wir setzen uns für ein faires Spandau ein. Initiativen des Fairen Handels mit Produkten oder die Unterstützung von ökologischen und sozialen Unternehmen sollen vorgebracht werden.

Spandau hat sich in den vergangenen Jahren touristisch stark weiterentwickelt. Wir sehen hier aber noch starke Potentiale und wollen die Weiterentwicklung eines Tourismuskonzeptes für Spandau. Uns ist aber auch bewusst, dass Standortmarketing nicht zum Nulltarif zu haben ist. Daher wollen wir im nächsten Bezirkshaushalt finanzielle Mittel für Marketingmaßnahmen einstellen.

4.2 Arbeit

Wir wollen durch eine gute Wirtschaftspolitik auch Beschäftigungseffekte erreichen. Dort, wo wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht greifen, bedarf es weiterer gezielter Maßnahmen.

Wir wollen die Hauptverantwortung beim Thema Arbeit zukünftig wieder dem für Soziales zuständigen Bezirksstadtrat zuordnen. Es hat sich gezeigt, dass das so wichtige Thema Jobcenter beim amtierenden SPD-Bezirksbürgermeister sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Außer vereinzelter Symbolpolitik sind keine bezirklichen Impulse auch in Richtung Berlin festzustellen.

Spandau leidet noch immer unter einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Daher muss es in den nächsten fünf Jahren unsere Aufgabe sein, die Herangehensweise bei der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen grundlegend zu ändern. Eine sehr große Gruppe wird derzeit nur verwaltet und wird absehbar keine Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Spandau Pilotbezirk wird, um Langzeitarbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, die sinnvoll und für den Bezirk gewinnbringend sind. Denn zu tun gibt es in Spandau genug. Es muss nur organisiert werden. Dafür bedarf es eines Projektträgers, der in Spandau Arbeitsfelder erschließt, die die wirtschaftlichen Bereiche nicht tangiert und trotzdem einen Nutzen für die Gesellschaft bringen. Diese Aufgabe muss eng vom Bezirk und von der Vereinigung Wirtschaftshof begleitet und von der IHK und Handwerkskammer kontrolliert werden.

Grundsätzlich gilt für uns, dass jeder der in Vollzeit beschäftigt ist, auch von seinem Einkommen leben können muss. Daher begrüßen wir die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Wir stellen aber auch fest, dass sich gerade die von der SPD verantworteten Senatsverwaltungen an vielen Stellen nicht daran halten. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und sich nicht an unternehmerische Aktivitäten beteiligt oder sie sogar unterstützt, bei denen der Mindestlohn offensichtlich umgangen werden soll. Wir haben unseren Bezirksstadtrat Carsten Rödning seinerzeit darin unterstützt, dass er als erster Bezirksvertreter überhaupt den Mindestlohn bei den Rathauspfortnern vereinbart hat.

5 Unsere Leitlinien für die kommunale Sozial- und Gesundheitspolitik

Spandaus soziale und damit auch gesundheitliche Situation hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert. Alle Sozialstrukturdaten zeigen nach unten und im Berliner Bezirksvergleich verliert Spandau immer mehr an Boden. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Nach zehnjähriger Verantwortung der SPD für die Sozial- und Gesundheitspolitik ist es 2011 gelungen, zunächst mit unserem Bezirksstadtrat Jürgen Vogt und ab dem Jahr 2014 mit unserem Bezirksstadtrat Frank Bewig endlich wieder Impulse zu setzen.

Grundsätzlich fordern wir vom Berliner Senat, dass sich die Mittelzuweisungen für die Bezirke an der Sozialstruktur orientieren. Nur so kann es gelingen, mit Maßnahmen gegenzusteuern und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote bereitzuhalten. Bisher wird diese neue Zuweisungssystematik vom SPD-Finanzsenator verweigert.

Nichtsdestotrotz ist es uns gelungen, im aktuellen Haushalt die finanziellen Mittel für Sozial- und Gesundheitsprojekte um fast 400.000 Euro zu erhöhen. Eine solche Stärkung des Sozial- und Gesundheitsbereiches hat es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Diesen Weg wollen wir im nächsten Haushalt fortsetzen, um auf den Spandauer Abstieg zu reagieren und ihn zu bremsen.

5.1 Soziales

Wir stehen für eine Politik des sozialen Ausgleiches, der Perspektiven, der Prävention und der Hilfen zur Selbsthilfe. Je früher, individueller und wirksamer die Menschen unterstützt werden, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, nachhaltig Hilfe zu leisten.

Wir wollen aber nach jahrelangem Personalabbau auch im Sozialamt den begonnenen Weg des stetigen Personalaufwuchses konsequent fortsetzen und damit unsere Bürgerdienste im Bereich der Grundsicherung, der Hilfe zum Lebensunterhalt der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe weiter verbessern. Die sich verschärfende soziale Situation macht sich aber auch heute schon im besonderen Maße in der Sozialen Wohnhilfe bemerkbar. Eine erste personelle Verstärkung ist erfolgt. Weitere Schritte müssen folgen, um die steigende Anzahl von Obdachlosen bzw. von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen entsprechend unterstützen zu können.

Das von uns auf den Weg gebrachte Maßnahmenpaket beinhaltet ein zusätzliches Beratungs- und Unterstützungsangebot für Menschen, denen der Verlust der Wohnung droht und die damit von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Darüber hinaus ist es unserem Bezirksstadtrat Frank Bewig für den vergangenen Winter gelungen, ein spezielles Kältehilfeangebot für Frauen in Spandau zu schaffen.

Wir wollen die bestehenden Angebote für Obdachlose verbessern und neue Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Unser Anspruch ist, dass kein Bürger auf der Straße leben muss. Wir akzeptieren aber auch, wenn Menschen dieses Unterbringungsangebot nicht annehmen wollen. Dennoch fühlen wir uns auch für diese Menschen verantwortlich und wollen sie begleiten und in Ihrem Alltag unterstützen.

Wir haben die Sozialberatungsangebote in den Ortsteilen ausgebaut und einen Fonds eingerichtet, der ehrenamtliche Initiativen, die Menschen beraten und unterstützen, finanziell unterstützt.

Der große Teil der ambulanten Pflegedienste leistet einen qualitativ hervorragenden Beitrag zur pflegerischen Versorgung der Menschen im häuslichen Umfeld. Es gibt in dieser Branche aber auch einige wenige Ausnahmen, die die Pflegekassen aber auch den Sozialhilfeträger teilweise gemeinsam mit den angeblich zu Pflegenden betrügen. Wir begrüßen das Engagement unseres Sozialstadtrates Frank Bewig, dem es gemeinsam mit dem Landeskriminalamt gelungen ist, einen betrügerischen Pflegedienst „hochgehen“ zu lassen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass solche Machenschaften verfolgt und bestraft werden, gleichzeitig aber nicht der Ruf einer Branche Schaden nimmt.

Wir wollen das Thema Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention voranbringen. Das vom amtierenden Bezirksbürgermeister initiierte Projekt „Spandau-Inklusiv“ ist ein richtiger Gedanke, von ihm jedoch leider falsch begonnen und mit zu wenig Substanz von ihm begleitet worden. Es darf dabei nicht nur bei Willensbekundungen und Absichtserklärungen bleiben, sondern auch z. B. mit mehr Haushaltsmitteln unterstützt werden.

Wir haben die stadtteilnahe Unterstützung von Menschen mit Behinderung und deren Familien ausgebaut. In diesem Jahr geht ein inklusives Theaterprojekt an den Start.

Wir wollen abgesenkte und gekennzeichnete Bürgersteige für beeinträchtigte und blinde Menschen sowie ausreichend Parkplätze für Rollstuhlfahrer. Gehwege sind so zu gestalten, dass sie auch mit Rollatoren problemlos genutzt werden können.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement nicht nur in Sonntagsreden preisen, sondern die konkreten Rahmenbedingungen für einen solchen Einsatz zum Wohle der Gesellschaft verbessern. Daher haben wir vor zwei Jahren die Schaffung eines Ehrenamtszentrums angeregt. Leider hat der amtierende SPD-Bezirksbürgermeister diesen von der Bezirksverordnetenversammlung erteilten Auftrag im Sande verlaufen lassen und damit dokumentiert, wie wichtig ihm das Ehrenamt ist. Wir werden dieses Ehrenamtszentrum unmittelbar nach der Wahl schaffen. Hier soll – wenn gewünscht – z. B. der Seniorenvertretung, den bezirklichen Beiräten, dem Bezirksealtern- und Bezirksschülerausschuss, dem Bezirkssportbund, dem Partnerschaftsverein, den Schiedspersonen, die Patientenfürsprecher, sowie die Spielplatzkommission ordentliche Arbeitsbedingungen, wie ein Computer- und Telefonanschluss ein gemeinsamer Kopierer und ein gemeinsamer Sitzungsraum zur Verfügung gestellt werden. Das Ehrenamtszentrum kann als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger damit auch dem Ehrenamtsbüro des Bezirkes wieder mehr Aufmerksamkeit geben.

Wir wollen die Gründung einer Bürgerstiftung anregen, die die Vielfalt der Vereine und das bürgerschaftliche Engagement fördert und den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere im Hinblick auf genügend generationenspezifische und -übergreifende Freizeitangebote und Stadtteilzentren, unterstützt.

Sie soziale Situation gerade in den Großsiedlungsgebieten in der Heerstraße Nord und dem Falkenhagener Feld und in der Neustadt ist sehr schwierig. Die Einsetzung des Quartiersmanagement in diesen Gebieten war richtig und wichtig, aus unserer

Sicht jedoch viel zu spät. Wir haben schon Jahre vor der Etablierung der Quartiersteams gefordert, dass diese Maßnahmen nicht erst dann ergriffen werden dürfen, wenn ein Gebiet „gekippt“ ist. Daher fordern wir vom Berliner Senat, dass die Bezirke finanziell entsprechend ihrer Sozialstruktur unterstützt werden. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wollen wir die soziale Infrastruktur verbessern, die Gemeinwesenarbeit ausbauen und Stadtteilläden und weitere Stadtteilzentren schaffen, die zentrale Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger werden. Die von uns eingesetzte Arbeitsgruppe „Stabile Kieze“ in der Bezirksverwaltung, die die Bedarfe an sozialer Infrastruktur erhebt und formuliert, wollen wir fortsetzen und stärken.

Eine gute Sozialpolitik endet jedoch nicht nur mit staatlichem Handeln. Vielmehr begrüßen wir auch das soziale Engagement, z. B. der Freiwilligen Feuerwehren, das wir auch weiterhin unterstützen wollen. Für die Freiwillige Feuerwehr Gatow konnte auf Initiative der CDU ein neuer Standort für eine moderne Wache gefunden und der Neubau inzwischen vollendet werden. Ebenso ist es unserem Abgeordneten Heiko Melzer gelungen, vom Berliner Senat die Zusage für den Neubau einer Fahrzeughalle für die Freiwillige Feuerwehr Staaken zu erhalten. Mehr noch: er konnte kürzlich für die Freiwilligen Feuerwehren in Kladow und in Staaken über eine halbe Million Umbaumittel akquirieren, damit die Wachen in einen Zustand versetzt werden, die der wichtigen Aufgabe angemessen ist.

5.2 Gesundheit

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist in den letzten Jahrzehnten in Berlin leider Schritt für Schritt zusammengestrichen worden. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken und sowohl das Gesundheitsamt als auch die Planungs- und Koordinierungsstelle personell stärken. Daher begrüßen wir es, dass unser Gesundheitsstadtrat Frank Bewig in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, den Sozialpsychiatrischen Dienst und den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst geschaffen hat.

Insgesamt wollen wir uns für den Ausbau von Präventionsmaßnahmen und die Stärkung der Gesundheitsförderung einsetzen sowie den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sicherstellen.

Das Spandauer Gesundheitsziel „Gesund aufwachsen“ wollen wir weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass sich die gesundheitliche Entwicklung unserer Kleinsten von den sozialen Problemlagen abkoppelt und ein gesundes Aufwachsen ermöglicht wird. In den kommenden Jahren wollen wir den Aufbau einer Präventionskette unterstützen. In diesem Zusammenhang muss das Engagement für gesunde Ernährung, für mehr Bewegung und zur seelischen Gesundheit in den Kitas und Schulen ausgeweitet werden.

Schutzimpfungen zur Prävention von Infektionskrankheiten zählen zu den effektivsten und kostengünstigsten medizinischen Interventionsmaßnahmen. Daher wollen wir die Aufklärungsarbeit verstärken und eine Kampagne zur Erhöhung des Durchimpfungsgrades der Spandauer Bevölkerung starten.

Die Gesundheitsaufsicht leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung. Wir wollen durch zusätzliches Personal die Überwachung der Hygi-

ene in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen auch zukünftig auf hohem Niveau sicherstellen und die Einhaltung der Trinkwasserverordnung gewährleisten.

Die medizinische Versorgung ist in Spandau insgesamt sehr gut. Wir stellen allerdings fest, dass der Versorgungsgrad von Ortsteil zu Ortsteil unterschiedlich ist. In einigen Regionen Spandaus ist durchaus ein Mangel an Fachärzten festzustellen. Daher setzen wir uns gegenüber dem Berliner Senat, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen dafür ein, dass als Planungsraum für die Zulassung von Arztpraxen der Ortsteil und nicht mehr nur der Bezirk herangezogen wird.

Wir wollen den Krankenhausstandort Spandau weiter stärken und unsere Kliniken dabei unterstützen, sich bestmöglich weiterzuentwickeln. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass im Krankenhausplan noch mehr die sozialstrukturelle und die demographische Entwicklung Berücksichtigung finden. Mit dem von unserem Gesundheitsstadtrat erreichten Ausbau der Psychiatrie im Vivantes Klinikum Spandau und der Verbesserung der geriatrischen Versorgung sind im Bezirk erste Schritte erreicht.

Wir wollen aber auch, dass die Rettungsstellen im Bezirk gestärkt und die Versorgung verbessert wird. Hierzu fordern wir im nächsten Krankenhausplan eine deutliche Verbesserung der Finanzierung und verbindlichere Qualitätsvorgaben.

6 Unsere Angebote an Spandaus Senioren

Wir wollen den demographischen Wandel als Chance und Herausforderung zugleich betrachten und freuen uns, dass die Menschen im Durchschnitt immer älter werden. Mit dem von Bezirksstadtrat Frank Bewig erstellten bezirklichen Altenplan ist eine Grundlage geschaffen worden, um die Lebensbedingungen für Seniorinnen und Senioren in den unterschiedlichen Lebenslagen zu verbessern. Wir begrüßen es, dass er bereits eine zusätzliche Personalstelle im Bezirksamt eingerichtet hat, um alle nötigen Aktivitäten, die sich aus dem Altenplan ergeben, abzuarbeiten und zu begleiten. Darüber hinaus wollen wir damit auch das Senatsprojekt „80Plus“ begleiten.

Dabei wollen wir auf den bereits bestehenden bezirklichen Seniorenangeboten aufbauen, sie erhalten und weiterentwickeln und nach Bedarf ausweiten. So sehen wir die dringende Notwendigkeit, perspektivisch drei bis vier weitere Seniorenklubs in Staaken, im Falkenhagener Feld, im Spandauer Süden und in Siemensstadt zu etablieren. Eine örtliche Verknüpfung mit einem Stadtteilzentrum wäre hier denkbar.

Ein zentrales Zukunftsthema ist das altersgerechte Wohnen. Dazu gehört der barrierefreie Zugang zum Haus und zur Wohnung und die Barrierefreiheit in der eigenen Wohnung ebenso, wie eine gute Versorgung mit Geld- und Postdienstleistungen, eine gute Anbindung an den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr und die nötigen Einzelhandelsangebote. Aber auch die medizinische und pflegerische Versorgung, ein sauberes, sicheres und barrierefreies Wohnumfeld sowie fußläufig erreichbare Angebote des Bürgeramtes sind wesentliche Faktoren für ein altersgerechtes Wohnen. Um dies zukünftig noch besser zu gewährleisten, wollen wir innerhalb der Bezirksverwaltung eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe einsetzen, die ihr Handeln in diesem Sinne koordiniert und aufeinander abstimmt.

Bereits eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen. So konnte mit Unterstützung unseres Abgeordneten Peter Trapp ein weiterer Pflegestützpunkt ans Netz gehen. Neben dem Beratungsangebot eines Pflegestützpunktes in Siemensstadt und eines in der Galenstraße, können sich nun auch die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen auf ein Beratungsangebot in Kladow freuen. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Pflegestützpunkte in Spandau aufgebaut werden, damit sich noch mehr Spandauerinnen und Spandauer wohnortnah und unabhängig zu allen Themen rund um die Pflege beraten lassen können.

Darüber hinaus konnte der Spandauer Mobilitätshilfedienst auf Initiative des Abgeordneten Heiko Melzer sein Begleitangebot verdoppeln und zukünftig durch den Einsatz von hauptamtlichem Personal verlässlicher anbieten.

In diesem Jahr werden wir neue bezirkliche Seniorenfreizeitangebote in den Ortsteilen, die bisher noch keine öffentlichen Angebote hatten, und ein aufsuchendes Seniorenberatungsangebot etablieren. Wir sind fest entschlossen, mit dem nächsten Haushalt die Mittel für die Spandauer Seniorinnen und Senioren weiter zu erhöhen, um dem zusätzlichen sich aus der demographischen Entwicklung ergebenden Bedarf gerecht zu werden.

Wir wollen im öffentlichen Raum für die Seniorinnen und Senioren aber auch sicherstellen, dass genügend Sitzgelegenheiten und Toiletten zur Verfügung stehen. Das Angebot an Seniorenspielgeräten wollen wir ausbauen.

Spandau besser machen! Unser Weg vom Absteiger- zum Aufsteigerbezirk!

Neben der hervorragenden Informationsbroschüre „Aktiv älter werden“, die alle öffentlichen Seniorenangebote zusammenfasst, wollen wir einen Seniorenwegweiser zum Falten und für die Handtasche entwickeln, der neben den Seniorenfreizeit und –beratungsangeboten z. B. auch Parkbänke und Toiletten ausweist.

7 Unsere Maßnahmen für eine zukünftige Integrationspolitik

7.1 Gemeinsame Identität über Sprache und gemeinsames Handeln

Spandau ist Heimat für viele Menschen unterschiedlichster Nationen, Kulturzugehörigkeiten und Religionen. Die CDU Spandau steht für ein friedliches Miteinander all dieser Gruppen. Wir sagen klar Nein zu religiösem Fanatismus gleich welcher Religion, wir sagen Nein zu Fremdenfeindlichkeit und politischem Extremismus. Für uns ist die Basis des Zusammenlebens das deutsche Grundgesetz und eine Identifikation eben mit dieser unserer Heimat: Spandau.

Wer diese Basis des Zusammenlebens achten, respektieren und fördern möchte, ist herzlich willkommen.

Die CDU Spandau ist der Ansicht, dass das politische Schlagwort „Integration“ mit viel mehr Leben gefüllt werden muss. Wir sagen daher bewusst, dass wir das Zusammenleben in Spandau mit einer gemeinsamen Identität gestalten.

Die deutsche Sprache ist unverhandelbar das Fundament des Zusammenlebens. Wer in Spandau leben möchte, muss die deutsche Sprache erlernen.

Wir wollen, dass auf Schulhöfen, in Supermärkten, Kirchen, Moscheen oder in sonstigen öffentlichen Räumen deutsch gesprochen wird.

Migranten, die beim Erlernen der deutschen Sprache Hilfe benötigen, werden wir unterstützen. Die Fördermöglichkeiten von Sprachkursen und das Angebot solcher Deutsch-Kurse soll ausgeweitet werden. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die frühkindliche Sprachförderung. Kinder erlernen schneller und leichter eine fremde Sprache als beispielsweise die eigenen Eltern. Daher wollen wir Konzepte in Kindertagesstätten fördern, die einen Schwerpunkt auf Sprachförderung legen.

Das vom Berliner Senat initiierte Integrationslotsenprogramm wollen wir weiter ausbauen und qualifizieren. Die CDU Spandau setzt sich dafür ein, dass für die in Berlin tätigen Integrationslotsen ein Ausbildungsberuf etabliert wird, der u. a. klare sprachliche wie auch rechtliche Qualifizierungsstufen erfordert. Gleichzeitig braucht Spandau auch mit Blick auf die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge deutlich mehr Integrationslotsen.

Die CDU Spandau unterstützt gern Initiativen, die eine gemeinsame Spandauer Identität fördern. Der Sport hat für dieses Gemeinsame eine enorm wichtige Aufgabe. Die Spandauer Sportvereine sind vorbildlich vorausgegangen, als es darum ging, die aus den Kriegsgebieten der Welt nach Spandau gekommenen Kinder und Jugendlichen in Spandau willkommen zu heißen und ihnen ein positives Bild ihrer neuen Heimat zu vermitteln. Der Sport ist international und baut Sprachbarrieren spielerisch ab.

Wir sind davon überzeugt, dass dieses Gemeinsame sich auf viele Bereiche des öffentlichen wie auch privaten Lebens übertragen lässt. Wir wollen beispielsweise Unternehmen, die sich bisher in migrationsspezifischen Unternehmensverbänden engagiert haben, auch ermutigen, sich in der Vereinigung Wirtschaftshof Spandau zu engagieren. Wir wollen in den einzelnen Kiezen interkulturelle Wirtschaftsinteressenverbände gründen, die die Stärkung des kommunalen Einzelhandels im Kiez zum Ziel haben.

Sehr viele Spandauerinnen und Spandauer engagieren sich ehrenamtlich. Wir möchten, dass gerade diejenigen, die nicht in Deutschland geboren wurden, aber in Spandau eine Heimat gefunden haben, sich hier so wohl fühlen, dass auch sie sich engagieren wollen. Gerade die Katastrophenschutzorganisationen suchen dringend freiwillige Helferinnen und Helfer mit Migrationshintergrund. Projekte wie „PROTECT“ wollen wir fördern und weiterführen.

Ausdruck einer gemeinsamen Identität ist für uns die Staatsbürgerschaft. Unser Ziel ist es, auch eine Identifikation mit Deutschland zu schaffen und die Menschen in unserem Land zu deutschen Staatsbürgern zu machen!

7.2 Gemeinsame Identität aus der Flucht heraus

Den Menschen, die aus Kriegsgebieten und aus einer echten politischen Verfolgung heraus zu uns nach Spandau flüchten, bieten wir selbstverständlich unseren Schutz und unsere Hilfe an. Alle anderen, die aus wirtschaftlichen Interessen heraus oder aus der Hoffnung auf ein besseres Leben Asyl beantragen, müssen unser Land wieder verlassen. Wer bei Ablehnung seines Asylantrages nicht freiwillig geht, muss konsequent abgeschoben werden.

Wir wissen, dass wir große Anstrengungen bei den Menschen, die aus den Kriegsgebieten der Welt zu uns nach Deutschland geflüchtet sind, leisten müssen, um diese in unsere gemeinsame Identität einzubeziehen. Doch wir glauben: diese Anstrengungen lohnen sich.

Der Bezirk Spandau hat im vergangenen Jahr großes bei der Unterbringung der hier angekommenen Flüchtlinge geleistet. Sportvereine, neu gegründete ehrenamtliche Initiativen, Kirchen und Sozialträger haben vieles von dem aufgefangen, worauf Politik und Verwaltung nicht vorbereitet sein konnte und wozu der Bezirk in der Kürze der Zeit nicht in der Lage war. Dafür sind wir außerordentlich dankbar.

Die Unterbringung der Menschen, die aus den Kriegsgebieten der Welt zu uns gekommen sind, hat den Bezirk an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gebracht. Wir haben mehr Notaufnahmepplätze geschaffen als so manch anderer Bezirk. Doch wir glauben: die Unterbringung dieser Menschen ist eine Aufgabe für ganz Berlin. Wir brauchen daher eine deutlich gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf das gesamte Stadtgebiet.

Wir wollen, dass die Koordination und die Verantwortung für diese zentrale Frage künftig eine echte Chefsache wird – sowohl in Berlin als auch in Spandau. Ein Bürgermeister für ganz Spandau muss sich um diese Fragen kümmern und kann sie nicht weiter auf viele Schultern abwälzen. Der Bezirk braucht endlich ein echtes zentral organisiertes Ehrenamtsmanagement für die Flüchtlingshilfe. Diese beim Bezirksbürgermeister angesiedelte zentrale Anlaufstelle ist aber gleichermaßen auch Auskunfts- und Anlaufstelle für alle Spandauerinnen und Spandauer, wenn es um Fragen und Hinweise rund um das Thema Flucht und Asyl geht.

Neues Land, neue Sprache, andere Sitten. Die in Deutschland angekommenen Menschen, die bei uns Schutz und Asyl suchen brauchen von Anfang an Orientie-

rung – nicht nur bezogen auf notwendige Verwaltungsgänge. Wir wollen, dass in allen Spandauer Erstaufnahmeeinrichtungen verbindliche Sprach- und Erstorientierungskurse angeboten werden, die den hier Angekommenen Grundzüge der deutschen Kultur und Lebensweise und die deutsche Sprache vermitteln.

Bei allen Maßnahmen müssen die Anwohnerinnen und Anwohner rund um die Einrichtungen von Anfang an informiert und gehört werden. Eine Nicht-Information schürt Ängste und Vorbehalte. Anwohner brauchen klare Ansprechpartner bei Fragen und aufkommenden Problemen. Dieser Ansprechpartner ist in erster Linie der Bezirksbürgermeister und seine zentrale Anlaufstelle im Bezirksamt.

Die CDU Spandau spricht sich dafür aus, dass „Spandauer Standards“ für die Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen erarbeitet werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass neue Träger der Erstaufnahmeeinrichtungen meist die vorhandenen Netzwerke in Spandau nicht kennen und sich vieles von dem, was an anderer Stelle schon gut funktioniert, erst neu aufbauen müssen. Die „Spandauer Standards“ sollen diesen Trägern helfen, auf bestehende Konzepte etwa für Ehrenamtsmanagement oder Spendenakquise zurückzugreifen, Netzwerkpartner zu finden und Ansprechpartner bei Behörden, Kirchengemeinden oder Krankenhäusern zu identifizieren.

Wir wollen, dass die in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Menschen, ein Angebot für die Zeit erhalten, in der sie auf Termine beim Lageso oder anderen Behörden oder auf ihren Asylbescheid warten. Auch hier kommt den Sportvereinen eine besondere Bedeutung zu. Ein umfassendes kostenloses Sprachkursangebot ist ebenso wichtig wie Informationen des Jobcenters über mögliche berufliche Aus- und Fortbildungskurse, Studienmöglichkeiten wie auch über Anerkennungsmöglichkeiten von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen. Das von der CDU seit Jahren geforderte Ehrenamtsbüro beim Bezirksbürgermeister könnte darüber hinaus Tätigkeiten vermitteln, die für eine sinnvolle Zeitbeschäftigung der Flüchtlinge sorgen.

Die Vielzahl der in den Spandauer Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Menschen hat auch die Spandauer Schulen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeiten gebracht. Wir warnen seit Monaten, dass in Spandauer Schulen kaum noch Räume frei sind, in denen Kinder und Jugendliche beschult werden können. Schon jetzt können mehrere hundert Kinder und Jugendliche trotz existierender Schulpflicht in Spandau nicht beschult werden. In ganz Berlin warten derzeit mehr als 1.200 Kinder und Jugendliche auf einen Schulplatz. Die CDU Spandau hat sich daher dafür ausgesprochen, diese Kinder und Jugendlichen notfalls auch direkt in den Unterkünften von staatlichen Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. SPD und Grüne lehnen dies nach wie vor ab und beharren darauf, dass diese Kinder direkt in den Schulen unterrichtet werden. Sie nehmen damit in Kauf, dass mehrere hundert Kinder und Jugendliche über Monate hinweg nicht unterrichtet werden können und somit auch kein Deutsch lernen, was die Zukunftschancen dieser Kinder in Deutschland drastisch verschlechtert.

Sporthallen sind keine Unterkünfte. Wir sprechen uns gegen eine Belegung von Sporthallen für die Unterbringung der geflüchteten Menschen aus. Es war richtig, dass Sportsenator Frank Henkel gemeinsam mit Sozialsenator Mario Czaja diese Belegungspraxis des SPD-Flüchtlingsstaatssekretärs Dieter Glietsch gestoppt und dafür gesorgt hat, dass die bereits belegten Sporthallen bis zum Sommer freigezogen werden.

8 Unsere Visionen für Spandau

Wir wollen, dass Spandau perspektivisch bei den Sozialstrukturdaten ins Berliner Mittelfeld kommt.

Wir wollen einen flächendeckenden, kostenfreien Internetzugang per WLAN in ganz Spandau gewährleisten. Wir sind davon überzeugt: ein freies WLAN-Netz ist ein erheblicher Standortvorteil für Wirtschaft, Tourismus und öffentliches Leben. Die Verweigerungshaltung des amtierenden SPD-Bezirksbürgermeisters, hierfür Konzepte zu prüfen, hat dazu geführt, dass wir in Spandau keinen Schritt vorangekommen sind. Die CDU-geführte Bundesregierung hat nun auch die rechtlichen Rahmenbedingungen konkretisiert, die für ein Betreiben eines solchen Netzes notwendig sind.

Wir wollen, dass in Spandau eine Schwimm-Wettkampfhalle entsteht, in der perspektivisch die Wasserfreunde Spandau 04 eine Heimat in ihrer Heimat finden. Wir wollen die Wasserfreunde aus ihrem Schöneberger Exil zurück nach Spandau holen.

Wir wollen das Zentrum Spandaus, die Altstadt, gemeinsam mit der Wirtschaft, den Bürgern und allen, die mit anpacken wollen, zu einem echten Zentrum Spandaus machen.

Wir wollen, dass Spandau für Innovation, für Fortschritt, für Kreativität, für schönes Wohnen, für Wohlfühlen und für sportliche Erfolge steht. Wir wollen nicht, dass Spandau mit Parteienstreit, mit Ideologie, mit Kriminalität, Dreck und Verwahrlosung verbunden wird. Wir wollen, dass sich in Spandau alle Menschen wohl fühlen. Wir wollen, dass Spandau der Ort ist, den man gern Heimat nennt.

9 Gerhard Hanke: „Mein 10-Punkte-Plan, den ich in den ersten 100 Tagen umsetzen werde!“

1. Sachorientierte Ausrichtung der BVV mit dem Ziel: “Erst der Bezirk, dann die Partei!“ Gute Bezirksarbeit darf nicht vom Parteibuch abhängen.
2. Einrichtung eines kostenlosen WLAN-Netzes zur Stärkung von Wirtschaft und Bürgerinteressen.
3. Regelmäßige Vor-Ort-Sitzungen der Gremien mit direkter Bürgerbeteiligung. Kritik, Anregungen, Verbesserungsvorschläge von Bürgern für Bürger.
4. Einbeziehung aller Experten, Träger und vorhandener Konzepte zur schnellen Eingliederung der geflüchteten Menschen.
5. Stärkung des Sports und des Ehrenamtes für ein starkes Miteinander. Gemeinsam statt gegeneinander.
6. Schaffung eines Ehrenamtszentrums für Engagierte und Interessierte. Spandauer Bürger/innen finden Unterstützung und Ansprechpartner.
7. „Wohnen wird zur Chefsache!“ Jeder und jede Bürger/in muss bezahlbaren Wohnraum finden können.
8. Prüfung der Wohnumgebung auf Generationenkonzepte. Vom Säugling bis zum Senior müssen Infrastruktur, Freizeitangebote, Wohnraum und Unterstützungsmöglichkeiten auf kurzem Wege gegeben sein. Vorhandene und neue Bebauung werden diesbezüglich kritisch hinterfragt.
9. Die Firmen vor Ort sollen mittels verschlankter Genehmigungs- und Vergabeverfahren unterstützt werden. Arbeiten und Wohnen sollen in unserem Bezirk ein Miteinander bilden.
10. In Anlehnung an ein bekanntes Zitat, möchte ich auch in der Zukunft für sie - Teil der Lösung und nicht Teil des Problems - sein!